

217594-2026 - Wettbewerb

**Deutschland – Unterstützende Dienste für die öffentliche Verwaltung – Projektträgerschaft
Mittelstand-Digital
OJ S 62/2026 30/03/2026
Auftragsbekanntmachung – Sonderregelung
Dienstleistungen**

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

E-Mail: vergabestelle@bmwe.bund.de

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Projektträgerschaft Mittelstand-Digital

Beschreibung: Das BMWF als Auftraggeber (AG) beabsichtigt, einen Auftragnehmer (AN) als Projektträger für den Zeitraum vom 01.01.2027 bis 31.12.2029 mit insgesamt vier Aufgabenbereichen zu beauftragen: Für die beiden Säulen des Förderschwerpunkts Mittelstand-Digital, die Aufgabenbereiche 1 (Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren) und 2 (Initiative IT-Sicherheit in der Wirtschaft), ist eine Beileihung des AN geplant. Zu den Aufgabenbereichen 3 (Öffentlichkeitsarbeit) und 4 (Koordinierung der nationalen EDIHs) soll keine Beileihung erfolgen. Für die Aufgabenbereiche 1 und 2 fallen zusammengefasst folgende Leistungen an: - Unterstützung des BMWF bei der Planung und Entwicklung von neuen bzw. der Fortschreibung bestehender Fördermaßnahmen; Antragsprüfungen und -bewilligungen auf Basis der Förderbekanntmachungen für das neue Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren und für die Initiative IT-Sicherheit in der Wirtschaft; - Fachliche Betreuung und Steuerung, Administration und Bewirtschaftung sowie Erfolgskontrolle der Förderfälle (Projektmanagement), einschließlich beihilferechtlicher Betreuung der Zuwendungsempfänger; - Interne Vernetzung sowie Vernetzung mit externen Förder-/Unterstützungsangeboten; - Systematisches und projektübergreifendes kontinuierliches Monitoring sowie projekt-übergreifende Erfolgskontrolle (jährlich) zur Identifikation von Schwachstellen und Maßnahmen zur Verbesserung; - Begleitung der KI-Trainer und der neuen CYBERSicher-Trainer; sowie - Unterstützung des BMWF bei allen beihilferechtlich relevanten Aufgaben. Für den Aufgabenbereich 3 fallen zusammengefasst folgende Leistungen an: - Unterstützung des BMWF bei der Pflege, Redaktion und Erweiterung der neuen On-line-Plattform „Mittelstand-Digital“ mit Lotsenfunktion für KMU zu Digitalisierung, KI sowie IT- und Cybersicherheit; - Vorbehaltlich des BMWF-Gesamtkonzepts zu den Kanälen in den Sozialen Medien: Redaktionelle Betreuung des LinkedIn-Kanals und der Newsletter des Förderschwerpunkts; sowie - Unterstützung bei der Organisation von öffentlichkeitswirksamen Events des Förderschwerpunkts. Für den Aufgabenbereich 4 fallen zusammengefasst folgende Leistungen an: Nationale Kontaktstelle zur Betreuung und Beratung bei Anfragen der deutschen EDIHs und des BMWF zu fachlichen und administrativen Vorgängen; - Gemeinsam mit dem BMWF: Übernahme der Funktion des sog. Vertreters der Mitgliedstaaten (Member State Representative) für Deutschland ggü. der EU-KOM; - Betreuung und administrative

Beratung der Ländergruppe der deutschen EDIHs innerhalb des europäischen Netzwerks der EDIHs; sowie - Unterstützung der Synergiebildung zwischen den EDIHs und anderen Initiativen.

Kennung des Verfahrens: 9e089ae5-056e-49ea-a816-ff80792012e2

Interne Kennung: 17104/005-26#001

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Zentrale Elemente des Verfahrens: Die Vergabe des Auftrags Projektträgerschaft "Mittelstand-Digital" erfolgt auf Grundlage des Teils 4 (§§ 97 ff.) des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Vergabeverordnung (VgV). Der Auftrag wird in einem Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß § 14 Abs. 3 i.V. m. § 65 Abs. 1 VgV vergeben. Das Vergabeverfahren wird ausschließlich elektronisch über die e-Vergabe-Plattform des Bundes (www.evergabe-online.de) abgewickelt. Fragen zum Vergabeverfahren sind ausschließlich in Textform über die e-Vergabe-Plattform zu stellen. Das Verfahren ist in zwei Verfahrensphasen gegliedert: 1. den öffentlichen Teilnahmewettbewerb, in dem die Eignung der an der Abgabe eines Angebots interessierten Unternehmen (Bewerber) anhand von Teilnahmeanträgen geprüft wird und die geeignetsten Bewerber zur Abgabe von Angeboten aufgefordert werden, 2. die Angebots- und Verhandlungsphase, in der die Wirtschaftlichkeit der abgegebenen Angebote der Bieter geprüft, – soweit notwendig – über die Angebotsinhalte verhandelt und schließlich die Zuschlagsentscheidung getroffen wird. Der Zuschlag kann gemäß § 17 Abs. 11 VgV auch ausschließlich auf Grundlage der Erstangebote, d.h. ohne Durchführung von Verhandlungen, erteilt werden.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75130000 Unterstützende Dienste für die öffentliche Verwaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 75131000 Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung,

79411100 Beratungsdienste im Bereich Wirtschaftsförderung, 73000000 Forschungs- und Entwicklungsdienste und zugehörige Beratung

2.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Korruption: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Betrug: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Zahlungsunfähigkeit: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: § 123 f. GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: § 123 f.GWB, Eigenerklärung (Vordruck)

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Projektträgerschaft Mittelstand-Digital

Beschreibung: Das BMWF als Auftraggeber (AG) beabsichtigt, einen Auftragnehmer (AN) als Projektträger für den Zeitraum vom 01.01.2027 bis 31.12.2029 mit insgesamt vier Aufgabenbereichen zu beauftragen: Für die beiden Säulen des Förderschwerpunkts Mittelstand-Digital, die Aufgabenbereiche 1 (Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren) und 2 (Initiative IT-Sicherheit in der Wirtschaft), ist eine Beleihung des AN geplant. Zu den Aufgabenbereichen 3 (Öffentlichkeitsarbeit) und 4 (Koordinierung der nationalen EDIHs) soll keine Beleihung erfolgen. Für die Aufgabenbereiche 1 und 2 fallen zusammengefasst folgende Leistungen an: - Unterstützung des BMWF bei der Planung und Entwicklung von neuen bzw. der Fortschreibung bestehender Fördermaßnahmen; Antragsprüfungen und -bewilligungen auf Basis der Förderbekanntmachungen für das neue Netzwerk der Mittelstand-Digital Zentren und für die Initiative IT-Sicherheit in der Wirtschaft; - Fachliche Betreuung und Steuerung, Administration und Bewirtschaftung sowie Erfolgskontrolle der Förderfälle (Projektmanagement) einschließlich beihilferechtlicher Betreuung der Zuwendungsempfänger; - Interne Vernetzung sowie Vernetzung mit externen Förder-/Unterstützungsangeboten; - Systematisches und projektübergreifendes kontinuierliches Monitoring sowie projektübergreifende Erfolgskontrolle (jährlich) zur Identifikation von Schwachstellen und Maßnahmen zur Verbesserung; - Begleitung der KI-Trainer und der neuen CYBERSicher-Trainer; sowie - Unterstützung des BMWF bei allen beihilferechtlich relevanten Aufgaben. Für den Aufgabenbereich 3 fallen zusammengefasst folgende Leistungen an: - Unterstützung des

BMWE bei der Pflege, Redaktion und Erweiterung der neuen On-line-Plattform „Mittelstand-Digital“ mit Lotsenfunktion für KMU zu Digitalisierung, KI sowie IT- und Cybersicherheit; - Vorbehaltlich des BMW-E-Gesamtkonzepts zu den Kanälen in den Sozialen Medien: Redaktionelle Betreuung des LinkedIn-Kanals und der Newsletter des Förderschwerpunkts; sowie - Unterstützung bei der Organisation von öffentlichkeitswirksamen Events des Förderschwerpunkts. Für den Aufgabenbereich 4 fallen zusammengefasst folgende Leistungen an: Nationale Kontaktstelle zur Betreuung und Beratung bei Anfragen der deutschen EDIHs und des BMW-E zu fachlichen und administrativen Vorgängen; - Gemeinsam mit dem BMW-E: Übernahme der Funktion des sog. Vertreters der Mitgliedstaaten (Member State Representative) für Deutschland ggü. der EU-KOM; - Betreuung und administrative Beratung der Ländergruppe der deutschen EDIHs innerhalb des europäischen Netzwerks der EDIHs; sowie - Unterstützung der Synergiebildung zwischen den EDIHs und anderen Initiativen.

Interne Kennung: 17104/005-26#001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 75130000 Unterstützende Dienste für die öffentliche Verwaltung

Zusätzliche Einstufung (cpv): 75131000 Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung,

79411100 Beratungsdienste im Bereich Wirtschaftsförderung, 73000000 Forschungs- und Entwicklungsdienste und zugehörige Beratung

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Es besteht die Möglichkeit der Verlängerung um 24 Monate.

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 01/01/2027

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 14 389 780,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Durchschnittlicher Jahresumsatz im Bereich der zu vergebenden Leistung von mind. 2.000.000 Euro (netto), ermittelt als Durchschnitt der – sofern verfügbar – letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre. Bei einer Bietergemeinschaft können die Umsätze zusammengerechnet werden. Bei Eignungsleihe können auch Umsätze von Unterauftragnehmern berücksichtigt werden, sofern sich diese für den Fall der

Auftragserteilung bereits zur Auftragsausführung verpflichtet haben. Beleg: Eigenerklärung (Vordruck) über den Umsatz der – sofern verfügbar – letzten drei Geschäftsjahre sowie über die Umsatzentwicklung im laufenden Geschäftsjahr im für den Auftrag relevanten Geschäftsfeld. Diese ist bei einer Bietergemeinschaft für alle Mitglieder, deren Umsatz berücksichtigt werden soll, getrennt vorzulegen.

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Beleg: Sofern eine Pflicht zur Eintragung in einem der in Anhang XI zur Richtlinie 2014/24/EU (Seite 160) über die öffentliche Auftragsvergabe genannten Register besteht, ein Auszug der Eintragung in Textform, der nicht älter als sechs Monate zum Ende der Angebotsfrist ist. Für Bewerber aus Deutschland sind die betreffenden Register das Handelsregister, die Handwerksrolle, das Vereinsregister, das Partnerschaftsregister oder die Mitgliederverzeichnisse der Berufskammern der Länder. Der Beleg ist im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft von allen Mitgliedern getrennt vorzulegen.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Versicherungsschutz während des gesamten Auftragszeitraums mit einer jährlichen Mindesthaftung von mindestens 1.000.000 Euro. Beleg: Eigenerklärung (Vordruck) über das Vorliegen einer entsprechenden Versicherung bzw. über die Bereitschaft zum Abschluss spätestens zum Zeitpunkt der Auftragserteilung. Diese ist im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft für alle Mitglieder getrennt vorzulegen. Bei Einrichtungen, die dem Selbstversicherungsprinzip unterliegen, ist die Vorlage einer entsprechenden formfreien Eigenerklärung ausreichend.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Mindestens 50 fest angestellte Mitarbeitende (Vollzeitäquivalente; Teilzeitstellen bzw. geringfügig Beschäftigte können summiert werden), ermittelt als Durchschnitt der – sofern verfügbar – letzten drei Jahre. Beleg: Erklärung (Vordruck) zur durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl in Vollzeitäquivalenten in den – sofern verfügbar – letzten drei Jahren. Bei einer Bewerbungsgemeinschaft oder bei Eignungsleihe muss deutlich werden, welche Teile des beschriebenen Personals zu welchen Mitgliedern der Bewerbungsgemeinschaft bzw. zu welchem Unterauftragnehmer gehören.

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der Bieter muss zum Nachweis der Fachkunde Referenzaufträge in folgenden Bereichen nachweisen: I. Administration und Bewirtschaftung von Förderprogrammen: Fundierte Kenntnisse und Erfahrungswerte mit der Administration von Förderprogrammen für öffentliche Auftraggeber mit einem Laufzeitvolumen von mindestens 150 Millionen Euro. Dabei insbesondere Erfahrungen bei der Beurteilung von Förderanträgen und im Fördervollzug, bevorzugt im Rahmen von Förderprogrammen zur Förderung von Unternehmen. II. Fachkenntnisse: Erfahrungen und Kenntnisse zu Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und/oder Cybersicherheit sowie Öffentlichkeitsarbeit. III. Zusammenarbeit/Besonderheiten: Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden, Forschungseinrichtungen, und Transferinstitutionen wie Kammern und Verbänden. Beleg: Referenzen über mindestens 2 Aufträge. Die relevante (Teil-)Leistung muss nach dem 01.04.2023 erbracht worden sein. Es muss jeweils für jeden der genannten Bereiche die Mindestanzahl an Referenzen vorgelegt werden. Dies kann über Referenzen geschehen, die alle Bereiche gleichzeitig abdecken, oder über Referenzen, die nur einen oder mehrere Bereiche abdecken. Bewerber können auch Referenzen von Unterauftragnehmern einreichen, sofern diese sich für den Fall der Auftragserteilung bereits zur Auftragsausführung verpflichtet

haben (siehe 3.3.10). Die Referenzaufträge müssen in Umfang und Komplexität mit dem zu vergebenden Auftrag vergleichbar sein, d. h., tragfähige Rückschlüsse auf die für den zu vergebenden Auftrag notwendige Erfahrung und Fachkunde zulassen. Zu jedem Referenzauftrag sind folgende Angaben zu machen: - Leistungsgegenstand, Leistungszeitraum und Leistungsumfang mit grober Einordnung des Nettoauftragswertes, - Auftraggeber/Leistungsempfänger mit Kontaktdaten, - kurze Angaben zu Arbeitsergebnissen, - eindeutige inhaltliche Zuordnung des Referenzauftrags zu einem oder mehreren der oben genannten Bereiche; dies kann entweder durch explizite Kennzeichnung jeder einzelnen Referenz oder mithilfe einer vorangestellten Inhaltsübersicht erfolgen. Bei konkreten Zweifeln an Referenzen können anlassbezogen einzelne Referenzen geprüft werden. Die Referenzangaben werden vertraulich behandelt und dienen ausschließlich der Beurteilung der Eignung. Es sollen maximal 15 Referenzen vorgelegt werden.

Kriterium: Zertifikate von unabhängigen Stellen über Qualitätssicherungsstandards

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Qualitätsmanagementsystem, das DIN ISO 9001 erfüllt.

Beleg: Gültige Zertifizierung oder mindestens gleichwertige Bescheinigung einer akkreditierten Stelle; bei einer Bewerbungsgemeinschaft für alle Mitglieder vorzulegen

Kriterium: Informationssicherheit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Informationssicherheitsmanagement, das DIN ISO

27001 erfüllt. Beleg: Gültige Zertifizierung oder mindestens gleichwertige Bescheinigung einer akkreditierten Stelle; im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft für alle Mitglieder vorzulegen.

Kriterium: Werkzeuge, Anlagen oder technische Ausrüstung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorhandensein der technischen Voraussetzungen für die umgehende Einrichtung eines Zugangs zum Projektförder-Informationssystem (profi) des BMWF sowie der technischen Voraussetzungen zur Anwendung der Barrierefreie Informationstechnik-Verordnung (BITV 2.0). Beleg: Eigenerklärung (Vordruck) mit dem obenstehenden Inhalt.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nichtvorliegen von Interessenkollisionen Der Bewerber hat keine Interessen, die mit der Ausführung des Auftrags im Widerspruch stehen und sie nachteilig beeinflussen könnten. D.h. unter anderem, dass er kein Antragsteller von Fördermitteln oder Auftragnehmer von Begleitforschungsaufträgen für die voraussichtlich zu betreuenden Fördermaßnahmen sein darf (Neutralität am Forschungsmarkt). Sofern der Bewerber mit der Ausführung des Auftrags im Widerspruch stehende Interessen hat, muss substantiiert und glaubhaft dargelegt werden, dass die konkrete Interessenkollision die Auftragsausführung aufgrund struktureller, personeller und/ oder organisatorischer Vorkehrungen nicht nachteilig beeinflussen wird. Beleg: Eigenerklärung (Vordruck) mit obenstehendem Inhalt.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Leistungsfähigkeit im Fall der Eignungsleihe

Selbstverpflichtung des betreffenden Unterauftragnehmers gegenüber dem Auftraggeber, bei einer Auftragserteilung die betreffenden Leistungen zu erbringen. Beleg:

Nachunternehmerverpflichtungserklärung (Vordruck).

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Nichtvorliegen von Ausschlussgründen Beleg: Eigenerklärung (Vordruck), dass keiner der in den §§ 123, 124 GWB aufgeführten Ausschlussstatbestände erfüllt ist. Diese ist bei einer Bewerbergemeinschaft für alle Mitglieder getrennt, bei einer beabsichtigten Unterauftragsvergabe von allen bereits feststehenden Unterauftragnehmern vorzulegen.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Keine Betroffenheit durch die Russland-Sanktionen
Bewerber dürfen nicht von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 des Rates vom 31. Juli 2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren betroffen sein. Beleg: Eigenerklärung (Vordruck); bei einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern.

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Personal (15%) mit zwei Unterkriterien: (1) Zentrale Ansprechperson/ Stellvertretung (5 %), (2) Kernteam (10%) Arbeitsorganisation und -abläufe (20 %) Umsetzungskonzept (65 %)

Beschreibung: Personal, Arbeitsorganisation und -abläufe und Umsetzungskonzept (50 %)

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Preis (50 %)

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=848834>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=848834>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Interessenbekundungen: 30/04/2026 09:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 30/04/2026 09:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Nachforderung von Unterlagen gem. § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

5.1.15. Techniken

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der schützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE). Ein Antrag auf Nachprüfung ist schriftlich an die Vergabekammer des Bundes beim Bundeskartellamt zu richten. Die Einreichung eines Nachprüfungsantrags per E-Mail an vk@bundeskartellamt.bund.de ist nach Angaben des Bundeskartellamts nur mit qualifizierter elektronischer Signatur möglich. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße vorab gegenüber dem Auftraggeber gerügt wurden. Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen bei der Vergabestelle des BMWE (s. Ziffer I.1) zu rügen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB). Verstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder der Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber der Vergabestelle des BMWE gerügt werden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 und 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung der Vergabestelle des BMWE, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag durch das BMWE bereits erfolgt ist, bevor die Vergabekammer das BMWE über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz 1, 169 Abs. 1 GWB). Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag durch die Vergabestelle des BMWE darüber informiert. Die Zuschlagserteilung ist möglich zehn Kalendertage nach Absendung dieser Information an die unterlegenen Bieter auf elektronischem Weg (§ 134 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch die Vergabestelle des BMWE; auf den Tag des Zugangs beim betroffenen Bieter und Bewerber kommt es nicht an. Auf die prozessualen Vorschriften der §§ 160 ff. GWB wird zudem hingewiesen. Hinweis: Das BMWE ist im Falle eines Nachprüfungsantrags verpflichtet, die Vergabeakten, die auch die abgegebenen Angebote enthalten, an die Vergabekammer weiterzuleiten. Die Beteiligten haben ein Recht auf Akteneinsicht. Um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren, teilen Sie uns konkret mit Bezug auf die entsprechenden Dokumente des Angebotes mit, welche Informationen als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu behandeln sind.

8. Organisationen

8.1. ORG-0000

Offizielle Bezeichnung: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Registrierungsnummer: Referat ZC4 - Zentrale Vergabestelle

Stadt: Berlin

Postleitzahl: 10115

Land, Gliederung (NUTS): Berlin (DE300)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@bmwe.bund.de

Telefon: +49 (0)22899-615-0

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes

Registrierungsnummer: 0000

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53113

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +4902289499-0

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 345f605e-60cb-405e-a84d-ce114ebe5183 - 02

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftragsbekanntmachung – Sonderregelung

Unterart der Bekanntmachung: 20

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/03/2026 13:40:26 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 217594-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 62/2026

Datum der Veröffentlichung: 30/03/2026